Zensur oder Postkrieg?

Dr. Wolfgang Elsner

1. Einige vor kurzem aufgetauchte Belege lassen es angenähert erscheinen, einmal die Beziehung von Postkriegsbelegen zu Zensurpost näher zu beleuchten. Allen diesen Belegen ist gemeinsam, dass sie Zeugnis davon ablegen, dass manchmal während des Zweiten Weltkrieges auch Briefmarken und Poststempel Anlass zu Beanstandungen gegeben haben. Folgende Beispiele beweisen das:


- 1.2. Ebenfalls auf ziviler Post in die Schweiz ist der geschwärzte tunisische Maschinenstempel "UN SEUL BUT - LA VICTOIRE" bekannt (Abb. 2). Auch dieser Beleg vom 18.10.1943 aus dem nicht von deutschen Truppen besetzten Tunesien zeigt ausserdem die üblichen deutschen und französischen Zensuren.


- 1.4. Weiterhin fällt ein gebührenfreier Kriegsgefangenenbrief vom 30.9.1944 in das Lager Camp Sutton/USA mit Maschinenstempel von Berlin 4 auf, dessen Aussage "JAGDLIEGER - DAS GEBO DERT STU NDE" missfiel und geschwärzt wurde (Abb. 4, verkleinert). Hierbei kann aus den Umständen nicht ersehen werden, ob die Schwärzung bei doppelter sonstiger Zensur bereits in Deutschland (um das Risiko der Missbilligung durch die USA zu vermeiden oder sie gar nicht wissen zu lassen, dass Jagdlieger dringend benötigt wurden) oder erst in den USA erfolgte. Letztere Möglichkeit ist weniger wahrscheinlich, allein deswegen, weil die deutschen Stellen im Gegensatz zu den amerikanischen eine gewisse Erfahrung im Einschären hatten.

Kriegsgefangenenpost portofrei war, die amerikanischen Absender aber sehr oft aus Nichtwissen nach den üblichen Sätzen frankierten.

Sind diese Belege nun dem Sammelgebiet “Postkrieg” oder “Zensurpost” oder beiden zuordnen?

2. Die generell anerkannte Definition für “Postkrieg” lautet:

Unter “Postkrieg” versteht man die von zuständigen nationalen Behörden aus politischen Gründen getroffenen Massnahmen, die gegen die von einer anderen Postverwaltung herausgegebenen Postwertzeichen, Poststempel oder gegen anderes postalisches Material sowie von dieser Postverwaltung festgesetzte Portosätze gerichtet sind.

Solche Massnahmen sind:

a. Zurückweisung der mit beanstandeten Postwertzeichen oder Poststempeln versehenen Sendungen, und zwar entweder offen oder unter einem Vorwand;
b. Zurückweisung beanstandeten postalischen Materials;
c. vollständige oder teilweise Unkenntlichmachung von a. oder b.;
d. Auferlegung von Nachporto trotz ordnungsgemäßer Freimachung;
e. Hinzufügung von Gegen- und Ergänzungsstempeln politischen Inhalts.


Postkriegsmaßnahmen stören also den Postverkehr. Zu den Postkriegsbelegen gehören also auch solche, die nachweisen, dass eine Behörde mit Sicherheit zu erwartende Postkriegsmaßnahmen und Störungen des Postverkehrs dadurch verringert, dass die aufgelieferte Post gar nicht erst weitergeleitet wird, also präventiv im Interesse des Postkunden der Schaden so gering wie möglich gehalten wird. Dies ist bei Beleg 1.5. der Fall, so dass abschliessend gelegt werden kann, dass alle oben beschriebenen Belege Postkriegsbelege sind.

3. Um festzustellen, ob die in Frage stehenden Belege auch Zensurpost-Belege sind, sollte zuerst eine Definition der Zensurpost versucht werden.

Unter Zensurpost versteht man postalische Belege, die Zeugnis davon ablegen, dass die durch sie oder in ihnen überbrachten Informationen oder Meinungsäußerungen einer Kontrolle unterzogen, gesammelt und ausgewertet, sowie unerwünschte Informationen oder Meinungsäußerungen gegebenenfalls unterdrückt wurden. Letzteres könnte durch Unkenntlichmachung oder Nichtbefördern geschehen.
Comité International de la Croix Rouge

Geneve

Abbildung 2
Abgesehen vom Sammeln und Auswerten von Informationen, dessen philatelistische Spuren sich auf die Zensurstempel und -bandarolen beschränken, stellt Zensurpost also eine Abwehrmassnahme gegen Informationen und Meinungsäußerungen dar, meistens gegen deren Autor oder Überbringer. Aber diese Einschränkung hat keine ausschließliche Gültigkeit. Letztlich kommt es den Kontrolleuren darauf an, unschädliche Informationen und Meinungen zu unterdrücken, gleichgültig von wem und wie sie geäußert werden. Meinungsäußerungen können also durchaus auch in Briefmarken und Werbestempeln ausgedrückt werden. Somit sind alle oben beschriebenen Belege, die geschwärzt oder retourniert wurden (1.1. bis 1.4.), der Zensurpost zuzuordnen.

Die gleiche Schlussfolgerung gilt auch für die Belege unter 1.5. Hier wurde präventiv und auf der Grundlage bereits gewonnener Erfahrungen eine deutsche Zensurmassnahme vermieden, so dass von einem Beleg der Zensurpost gesprochen werden kann.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass alle oben beschriebenen Belege der Zensurpost zuzuordnen sind.


Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aber für die Vielzahl von Postkriegsvariationen, welche von der obigen Definition erfasst sind, insbesondere welche Postkriegsbelege sind gleichzeitig Zensurbelege?

Da Zensur und Unterdrückung von Informationen und Meinungen Hand in Hand gehen, können Massnahmen unter d. und e. (der Definition eines Postkriegsbelegs oben unter 2.) nicht als Zensurbelege angesehen werden, weil sie dem Empfänger, wenn auch mit bestimmten Zusätzen versehen, vollständig ausgehändigt wurden. Zurückweisung und Unkenntlichmachung (Massnahmen a, b und c) aber stellen typische Zensurmassnahmen dar, welche solche Postkriegsbelege gleichzeitig zu Zensurpostbelegen machen.


Dr. Wolfgang ELSNER
Deremoekerlaan 23
B 3080 TERVUREN